Vor der Entscheidung.

⊕ Wieder einmal heißt es am Seinestrande wie an der Spree, die Marokkoverhandlungen ständen unmittelbar vor ihrem Abschluß. Nur ist man sich immer noch nicht darüber einig, auf welcher Grundlage die Verständigung nun eigentlich erfolgen soll. Gegenüber den vielen verschiedenen Tauschvorschlägen bewahrt man in amtlichen Kreisen nach wie vor strengstes Stillschweigen. Man will in Paris nicht sagen, ob eines dieser Projekte das Richtige trifft, oder ob sie mehr oder minder Humbug sind, und man wiederholt den Neugierigen immer wieder, daß dieses Schweigen auf Wunsch der deutschen Diplomatie innegehalten wird. Von Berlin aus ist angeblich drei- oder viermal die freundschaftlich ermahnende Bitte nach Paris gerichtet worden, der Presse gegenüber schweigsam zu sein. Das einzige, was allgemein gesagt wird, ist, daß Frankreich Deutschland eine „gewaltige Portion Kongo" angeboten habe. Deutschland scheine aber mit der enormen Portion noch nicht ganz zufrieden zu sein. Manche Zeitungen bemerken sogar, daß es sich bei dem Angebot um

völlig kultiviertes Land

handele, dessen Verlust für Frankreich ein ganz außergewöhnliches Opfer bedeute. — Diese Auffassung hat in Frankreich schnell die Gemüter gefangen genommen und so verlangt man denn in der Öffentlichkeit ganz plötzlich, die Regierung solle an Deutschland kein Land abtreten, sondern lediglich gewisse Gebiete austauschen. Mit dieser Lösung der Frage soll die deutsche Regierung nach längerem Zögern sich einverstanden erklärt haben. Der Einschnitt im französischen Kolonialbesitz, gegen den sich die öffentliche Meinung anfangs so heftig sträubte, würde sich nach der neuesten Übereinkunft auf zwei schmale Gebietsstreifen erstrecken, durch die das deutsche Kolonialgebiet mit dem Kongo und Ubanghi direkt in Verbindung käme, was für das deutsche Interesse hochwichtig erscheint. Es bliebe demnach nur noch die Frage zu regeln, welche Gebiete Deutschland an Frankreich überläßt. Nach Meinung französischer Blätter wird diese Frage aber schwerlich irgendwelchen Schwierigkeiten begegnen (?), da Deutschland bereits grundsätzlich in die

Abtretung gewisser Kamerunteile

gewilligt habe. Nach dem ‚Temps' entsprechen die Gebietsteile Kameruns, die deutscherseits in Aussicht gestellt wurden, noch nicht ganz den französischen Wünschen, doch glaubt man, daß die dem Botschafter Cambon übermittelten Abänderungsvorschläge, die für Deutschland ohne große Wichtigkeit sind, in Berlin keinem Widerspruch begegnen werden. Das Ganze läuft, immer nach der Meinung französischer Blätter, auf eine ziemlich

einfache Grenzregulierungsfrage

hinaus. Man steht daher unmittelbar vor dem endgültigen Abschluß. Die deutsche Regierung möchte die Unterzeichnung des Abkommens vor dem 28. Oktober erreichen, was man in Paris durchaus für möglich hält. Jedenfalls rechnet man auch am Seinestrand damit spätestens für den 1. November. Die noch offenen Fragen können noch zu geringfügigen Debatten Anlaß geben, aber es handelt sich nur um Punkte von untergeordneter Bedeutung. — Zu allen diesen Pariser Pressäußerungen, die zum Teil auch durch halbamtliche Andeutungen gestützt werden, schweigt die deutsche Regierung nach wie vor. Man weiß also nicht, ob es sich tatsächlich um einen Gebietsaustausch handelt, der dem ganzen Marokkohandel, vom französischen Standpunkt betrachtet, einen sehr versöhnlichen Abschluß gibt, der aber hierzulande nur mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen werden würde.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Kaiser Wilhelm hat, nach einer halbamtlichen Erklärung, die für Anfang Dezember geplante Reise nach Madrid, die von verschiedenen Seiten angezweifelt worden war, endgültig für dieses Jahr aufgegeben.

* Der Bundesrat hat sich in seiner letzten Sitzung mit dem bayrischen Antrag auf zeitweise Herabsetzung des Maiszolls beschäftigt, nachdem die Angelegenheit bereits in den zuständigen Ausschüssen durchberaten war. Der Bundesrat hat nach längerer Beratung den Antrag abgelehnt.

* Die Hauptwahl zur Zweiten Kammer des elsaß-lothringischen Landtags auf Grund des neuen Gesetzes ist beendet. Die Wahlbeteiligung war außerordentlich rege. Man zählte in einzelnen Kreisen eine Wahlbeteiligung bis zu achtzig Prozent. Die allgemeine Annahme, daß es zu zahlreichen Stichwahlen kommen wird, bewahrheitet sich. Die Liberalen und Demokraten kommen in fast allen Wahlkreisen des Landes in die Stichwahl, die am nächsten Sonntag stattfindet. Der neugegründete „nationale Bund" hat keine besonderen Erfolge zu verzeichnen, wenn auch stellenweise seine Stimmenzahl erheblich war. Eine Reihe von Erfolgen war dem Zentrum und den Sozialdemokraten beschieden. Eine genaue Übersicht wird sich erst nach Bekanntgabe des amtlichen Ergebnisses und nach Beendigung der Stichwahlen erzielen lassen. Endgültig gewählt sind: drei Liberale, zwanzig Kandidaten des Zentrums, fünf Sozialdemokraten, neun Kandidaten des Lothringer Blocks und ein unabhängiger Agrarier.

Spanien.

* Durch einen Erlaß des Königs sind jetzt die verfassungsmäßigen Garantien wiederhergestellt worden, die vor einigen Wochen wegen der im ganzen Lande herrschenden anarchistischen Unruhen aufgehoben wurden.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag befaßte sich am 21. d. Mts. mit der zweiten Lesung der Vorlage eines Kolonial- und Konsulargerichtshofes. Abg. Müller-Meiningen (fortschr. Vp.) entwickelte Bedenken gegen den § 7 der Vorlage, nach dem dem Gerichtshofe ein nichtrichterlicher Sachverständiger angehören kann. Diese Bestimmung sei eine Durchbrechung des ganzen Systems der Prozeßordnung. Nach einer Erwiderung der Staatssekretäre v. Lindequist und v. Kiderlen-Wächter wurde bei dem Paragraphen 7 doch der Antrag des Abg. Müller-Meiningen angenommen, der den Verwaltungsbeamten aus dem Gerichtshofe bestätigt und den Vertreter des interessierten Reichsamtes lediglich „zur Äußerung" zuläßt. Eine kurze Besprechung entspann sich noch um den Antrag Heckscher, als Sitz des neuen Gerichts nicht Berlin, sondern Hamburg zu bestimmen. Die große Mehrheit hielt an Berlin fest. Damit war die zweite Lesung beendet.

Am 23. d. Mts. stehen die vom Zentrum, den Sozialdemokraten und den Freisinnigen eingebrachten Teuerungs-Interpellationen auf der Tagesordnung.

Abg. Spahn (Zentr.) begründet die Interpellation des Zentrums. Er begrüßt die in Reich, Staat und Gemeinden getroffenen Maßregeln zur Linderung der Teuerung, bedauert dabei, daß die Tarifermäßigungen nicht den Konsumenten, sondern dem Handel zugute kommen. Ein Anlaß zu

zollpolitischen Maßnahmen

liegt nicht vor. Wir müssen unsern Markt weiter unabhängig vom Ausland erhalten; nur so können wir schwere Erschütterungen unsres Wirtschaftslebens vermeiden. Die Einfuhrscheine wollen wir nicht beseitigen, aber wir wünschen Einfuhrscheine auf Zeit und ihre Beschränkung auf Roggen und Weizen.

Abg. Scheidemann (soz.): Auch im Auslande besteht Teuerung, und in Frankreich und Belgien ist es bereits zu Teuerungsrevolten gekommen. Dabei gesellt sich bei uns zur Teuerung noch Wohnungsnot. Aber die Deutschen sind seit Jahrzehnten ja ans Hungern gewöhnt. Wenn nur den notleidenden Agrariern immer neue Vorteile gewährt werden. Die Preise in Deutschland und auf dem Weltmarkte sind durchaus verschieden;

das macht die Zollpolitik.

Ist man nicht auf Schiffen argentinisches und amerikanisches Büchsenfleisch? Warum enthält man es den deutschen Verbrauchern vor? Die angeblich zum Schutze der Landwirtschaft gemachten Gesetze schädigen die Bauern ebenso wie die Konsumenten. Dazu kommt noch eine Gewaltpolitik von oben. Durch die Einfuhrscheine haben die Russen unsern Roggen viel billiger als wir. Den Fischbezug durch die Gemeinden begrüßen wir. Daß die verbündeten Regierungen nicht eingreifen dürfen, weil der Bund der Landwirte es nicht gestattet, das weiß ich. Wir brauchen billiges Fleisch und können es haben; wir brauchen nur die Zölle zu beseitigen, die Grenzsperre zu beschränken, Getriefleisch zuzulassen. Der Reichskanzler kann nur nein dazu sagen, wenn ihm das Wohlwollen einer kleinen Klasse lieber ist, die das Volk unaufhörlich schröpft.

Abg. Oser (fortschr. Vp.) begründet die freisinnige Interpellation: Der lückenlose Zolltarif hat zu lückenloser Teuerung geführt und diese kann auch die industrielle Konjunktur verschlechtern. Daß manche Gegenstände über das notwendige Maß verteuert worden sind, ist zugegeben. Wir gönnen der Landwirtschaft alles Gute. Aber zum großen Teile ist die Teuerung das

absichtlich herbeigeführte Produkt unsrer Wirtschaftspolitik.

Wir Fortschrittler sind einig in der Forderung auf sofortige Herabsetzung der Zölle. Auch die Industriellen werden gern auf ihre Schutzzölle verzichten, wenn nur die Teuerung beseitigt wird. Für die Einfuhrscheine haben auch wir ursprünglich gestimmt, weil sie dem Grenzverkehr dienen sollten. Unter den heutigen Verhältnissen schädigen die Einfuhrscheine Konsumenten und Reichskasse. Redner befürwortet, das Fleischbeschaugesetz zwecks verstärkter Zulassung des amerikanischen Büchsenfleisches, sowie gefrorenen oder noch besser gekühlten argentinischen Fleisches abzuändern.

Zur Beantwortung der Interpellationen betont Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg: Der Redner der sozialdemokratischen Partei ist bei seiner Behandlung der Interpellation zu einer Stellungnahme gekommen, wie sie auch in der Presse und in Versammlungen vielfach zutage getreten ist. Die Folgen der diesjährigen Dürre werden zum Anlaß einer allgemeinen Anklage gegen unsre Wirtschaftspolitik genommen. Die sogenannten großen Mittel: die Aufhebung der Zölle oder ihre Suspension, die Öffnung der Grenzen für Vieh und Fleisch werden doch zu keinem andern Endzweck angepriesen, als um die Grundlagen unsrer Wirtschaftspolitik zu beseitigen oder, wie die Herren von der Fortschrittlichen Volkspartei es wollen, sie allmählich abzubauen. Diesem Angriff gegen unsre Wirtschaftspolitik werden die verbündeten Regierungen wie bisher einen

entschiedenen Widerstand

entgegensetzen. Wiederholt ist von dieser Stelle die Erklärung abgegeben worden, daß für die verbündeten Regierungen das zähe und entschiedene Festhalten an unsrer Wirtschaftspolitik wohlbegründete Überzeugung ist, und wir können uns auch durch die Folgen der diesjährigen Dürre, so beklagenswert sie sind, nicht von einem Wirtschaftssystem abbringen lassen, von dem wir die Überzeugung haben, daß es dem wirtschaftlichen Leben der Nation zum Segen gereiche. Wir müssen uns daher, so schwer es Ihnen auch wird, auf beiden Seiten beschränken und uns auf Mittel beschränken, die faktisch geeignet sind, uns über die bestehenden Schwierigkeiten hinweg zu helfen. Gegenüber der Bedrängnis, in die viele mittlere und kleine Haushaltungen geraten sind, ist diese Beschränkung gewiß nicht bequem. Aber auch Sie, meine Herren, müssen sie, wenn Sie aufrichtig sind, für sich gelten lassen. Und es heißt, bestehende Situationen in unverantwortlicher Weise ausbeuten, wenn in sozialdemokratischen Reden, Flugblättern und Schriften dem Volke klar gemacht werden soll, nichts leichter, als die bestehende Not wegzuwischen, nur die böse Regierung unter dem Druck der Agrarier wolle es nicht. Das ist nicht richtig, das stimmt nicht mit der Wahrheit überein. Gewiß, meine Herren, würden auch wir gern mehr tun, denn uns liegt die Sorge für die wirtschaftliche Wohlfahrt genau so am Herzen wie Ihnen. Aber was ist es denn eigentlich, was Sie vorschlagen, und wie können Sie, worauf es doch zunächst ankommt, über die gegenwärtigen schwierigen Verhältnisse uns weghelfen? Über den alten Streit,

ob Schutzzoll, ob Freihandel,

werden wir uns auch jetzt nicht einigen. Glauben Sie aber, daß wir die landwirtschaftlichen Zölle beseitigen könnten? Die Aufhebung der Zölle ist ein unanwendbares Mittel und hat nur agitatorischen Wert. Kommt aber die Suspension der Zölle überhaupt dem Konsumenten zugute? In Frankreich hat die vollständige Suspension des Weizenzolles im Jahre 1898 zur Steigerung des Weizenpreises geführt. Wir würden dieselben Erfahrungen machen. Im einzelnen spricht man von Suspension der Futtermittelzölle. Man vergißt aber, daß die meisten Futtermittel zollfrei eingehen können. Auch von den Gemüsen gehen 98 Prozent zollfrei ein. Die Einfuhrscheine sind keine einfache Frage, aber deshalb eignen sie sich wohl zur Agitation. Aber die Aufhebung der Einfuhrscheine würde uns zu Verhältnissen zurückführen, deren Ungerechtigkeit nicht genug beklagt werden könnte. Die Frage der Eisenbahnausfuhrtarife für Getreide wird den Landeseisenbahnrat beschäftigen. Was die Einfuhr von Schlachtvieh und Fleisch angeht, so sind für die Einfuhr von Vieh aus Dänemark inzwischen Erleichterungen gewährt. Die Einfuhr amerikanischen Schafe- und Schweinefleisches ist nicht verboten, wenn sie den Bestimmungen des Fleischbeschaugesetzes entspricht. Die Landwirtschaft deckt bei uns 95 Prozent des Fleischkonsums. Aber der Schutz der Landwirtschaft schließt auch große Pflichten gegenüber der Allgemeinheit in sich und eine

Verringerung des Viehbestandes

würde sich an der ganzen Stellung der Landwirtschaft bitter rächen. Nicht unschuldig an der Teuerung sind die übermäßigen Darstellungen der Teuerung in einem großen Teil der Presse. Diese Übertreibungen haben preissteigernd gewirkt. Man spottet, daß wir den Gemeinden bestimmte Maßnahmen zumuteten. Zahlreiche Gemeinden haben segensreiche Einrichtungen getroffen und ich kann nur hoffen, daß diese Einrichtungen Bestand haben. Von großer Bedeutung ist die dauernde Sicherung derjenigen Zustände, unter denen das wirtschaftliche Leben in allen Volksständen aufgeblüht ist. Für mich ist das entschlossene Festhalten an der bisherigen Wirtschaftspolitik eine Pflicht gegen das Land und durch keinen Angriff werde ich mich davon abbringen lassen, daß ich damit auf dem rechten Wege bin.

Das Haus beschließt die Besprechung der Interpellationen.

Abg. Niederlöhner (kons.): Die Schilderung der Teuerung ist übertrieben. In Bayern ist das Fleisch keineswegs ungerecht teuer. Der Landwirt ist eben nicht imstande, das Vieh billiger zu liefern. Die Ausführungen des Reichskanzlers können wir uns im wesentlichen zu eigen machen.

Die Besprechung wird vertagt.

Der Krieg in Nordafrika.

Die Italiener haben wieder einen „großen Erfolg" errungen. Was bei der Übermacht des italienischen Landungskorps über die nur schwache Besatzung des tripolitanischen Hafenortes Benghasi und bei der Wirkung der die Stadt beherrschenden schweren Schiffsgeschütze zu erwarten war, ist eingetroffen: der tapfere Widerstand der Türken in dem mehrfach bombardierten Benghasi ist gebrochen, und die Italiener haben sich der Stadt bemächtigt. Aus Rom wird amtlich darüber gemeldet: „Unsre Soldaten sind nach siebentägiger Seefahrt unter stürmischem Wetter und ohne jede Hilfe mit Heldenmut bei feindlichem Feuer gelandet. Die Landung konnte infolge der Untiefen und der stürmischen See nicht vor Benghasi vor sich gehen, sondern mußte in dem einige Kilometer entfernten Giuliana

unter heftigem feindlichen Gewehrfeuer

erfolgen. Kaum an Land, warfen sich unsre Truppen auf den Feind, verfolgten ihn bis zur Stadt und nahmen die Kasernen und das Dorf Hussein, von wo sie den Feind nach Benghasi trieben, das nach heftiger Gegenwehr eingenommen wurde." Von andrer Seite verlautet, daß die Verluste beim Sturm auf Benghasi, sowie bei den immer wiederholten Angriffen der Türken und Araber auf beiden Seiten sehr groß gewesen seien. Trotz alledem scheint noch immer keine Hoffnung vorhanden zu sein, daß etwaige Vermittlungsversuche bei den kriegführenden Mächten mit Erfolg unternommen werden könnten. Italien beharrt nach wie vor auf seiner Forderung der

bedingungslosen Abtretung

von Tripolis und der Cyrenaika, und in Konstantinopel zeigt sich keinerlei Neigung, sich dieser Bedingung zu fügen. Das halbamtliche ‚Giornale d'Italia' schreibt: „Angesichts der freundschaftlichen Bemühungen von einzelnen Mächten, der Türkei eine moralische Genugtuung zu geben, müsse wiederholt werden, daß Italien die Souveränität der Türkei über die eroberten Provinzen entschieden ablehne, daß je mehr Blut fließe und Zeit verstreiche, um so mehr die Möglichkeit einer Geldzahlung verschwinde. Italien werde gezwungen sein, den Kriegsschauplatz bis ins Ägäische Meer zu erweitern, wenn die Türkei nicht bald Frieden gäbe." — Auch in Konstantinopel rechnet man mit einer langen Dauer des Krieges und bereitet sich nach den vorliegenden Blättermeldungen auf einen Winterfeldzug vor.

Kindesliebe.

15] Roman von Rolf Cormans.

(Fortsetzung.)

Frau Charlotte hatte in der Tat einen eisernen Willen. Sie bezwang ihren lodernden Haß und die rasende Wut, die all ihre Muskeln und Sehnen bis zum Zerreißen anspannte. Schluchzend sank sie plötzlich vor ihrem Gatten in die Knie.

„Höre mich an, Ludwig! Laß die häßlichen Worte ungesprochen sein, die mir Schreck, Angst und Verzweiflung abgenötigt und von denen mein Herz nichts wußte. Ich liebe dich ja, und du darfst nicht von mir gehen — du darfst nicht, — oder ich will mit dir sterben."

Das war wieder dieselbe süße Stimme, die ihn so oft betört hatte, wenn Groll und Verachtung gegen die selbstsüchtige Kokette sich heiß in seinem Herzen geregt — das war wieder derselbe berückende, hingebend zärtliche Augenaufschlag, der seinen Zorn so oft entwaffnet hatte. Und wenn er diesen Künsten nicht widerstanden hatte, da sein Geist noch klar und sein Körper noch stark gewesen war, wie hätte er ihm jetzt widerstehen sollen — jetzt, da der Finger des Todesengels seine Stirn bereits berührt hatte? Er wandte sich nicht voll Abscheu von ihr ab und zog die Hand nicht zurück, auf die sie ihre falschen, lügnerischen Lippen preßte.

„Und mein Sohn?" fragte er nur. „Kann ich ihn im Kerker verschmachten lassen, Charlotte?"

„Nein, nein! Er muß gerechtfertigt und befreit werden — vergib, wenn ich in meiner ersten Bestürzung schlecht genug war, mich dagegen aufzulehnen! Sobald du dich wieder kräftiger fühlst, wirst du dich offen zu deiner Schuld bekennen, was auch immer dann aus mir und aus Käthe werden mag!"

Aber Ludwig Gernsdorff schüttelte den Kopf. „Ich werde nie mehr mich kräftig fühlen, Charlotte! In meinem Herzen sitzt der Tod!"

„So werde ich es sein, die ihm Freiheit und Ehre wiedergibt, ich! Sieh, Ludwig, dort auf dem Tisch sind Feder und Papier! Sage mir, was ich schreiben soll, um Walters Schuldlosigkeit durch dein eigenes Zeugnis zu beweisen. Du wirst stark genug sein, deinen Namen darunter zu setzen, und niemand wird einem solchen Dokument den Glauben versagen."

„So schreib! Aber beeile dich, Charlotte! Wenn dies Entsetzliche wiederkommt, das mir eben so eiskalt ans Herz griff, dann ist es vorbei. Ich habe keine Zeit mehr zu verlieren."

Sie saß schon am Tisch und ihre von Brillanten blitzende Hand griff nach der Feder.

„Ich bin bereit, Ludwig. Und ich bitte dich, mache es kurz. Nur die einfachen Tatsachen — das muß ja genügen!"

Er bot seine letzte Kraft auf, ihr das Schuldbekenntnis, das seinen unglücklichen Sohn rechtfertigen sollte, zu diktieren. Bisweilen wollte die Stimme ihm versagen, aber er kam doch zu Ende. Flüsternd las Charlotte ihm den Inhalt des mit fliegender Hast niedergeschriebenen Geständnisses vor und Ludwig Gernsdorff nickte.

„Ja — so ist es gut! Und du meinst, daß sie es glauben werden?"

„Gewiß, wer könnte an der Wahrheit einer solchen Selbstanklage zweifeln!"

„So laß mich unterschreiben! — Aber du, du mußt — meine Hand — auf die richtige Stelle — führen. Es wird mir — mit einem Male — so dunkel vor den Augen!"

Sie hatte seinen Lehnstuhl an den Tisch geschoben und tat, wie er begehrte. Ein Erschauern ging über ihren Leib, als sie seine Hand berührte, denn sie war eiskalt. Ein paar Sekunden kreischte die Feder auf dem Papier, aber was sie mit unsäglicher Mühe zustande brachte, war doch nur ein unleserliches Gekrizel.

„Ich kann nichts sehen!" klagte der Sterbende, „ist es denn zu erkennen?"

„Mit voller Deutlichkeit," log sie. „Und nicht wahr, wenn jetzt die Wärterin und der Arzt kommen, wirst du zu ihnen nicht davon sprechen? Es bedarf dessen ja nun nicht mehr, und es wäre eine zwecklose Pein für uns alle."

„Schwörst du mir, Charlotte, mit diesem Papier morgen auf das Gericht zu gehen?"

„Ich schwöre es dir, Ludwig!"

„Bei dem Leben unsrer Tochter?"

Sie hatte das Rollen eines Wagens gehört, und daß dieser Wagen vor dem Hause hielt. Es war ohne Zweifel der Sanitätsrat, der dort kam. In der nächsten Minute schon konnte er hier sein. Jetzt war nicht Zeit, um Worte zu feilschen.

„Ja, ich schwöre es bei dem Leben unsrer Tochter!" sagte sie und mit einem tiefen Aufatmen aus befreiter Brust sank Ludwig Gernsdorff in seinen Stuhl zurück.

Wenige Minuten später wurde an die Tür des Zimmers geklopft. Mit entschlossener Miene ging Charlotte hin, um zu öffnen. Ihre Vermutung war richtig gewesen. Der Arzt und die Wärterin standen ihr gegenüber. Fragend sah sie der Sanitätsrat an.

„Ich glaube, es steht nicht gut," sagte sie leise. „Ich habe in namenloser Angst auf Ihr Kommen gewartet."

Er näherte sich dem Regierungsrat und griff nach dessen Handgelenk.

„Um Gottes willen, was ist es? — Soll ich meine Tochter rufen lassen?"

Der Arzt richtete sich auf und schüttelte traurig den Kopf.

„Zu spät! Seien Sie stark, meine liebe gnädige Frau! Ihr Gatte hat vollendet!"

Wieder sank sie neben dem Leidensgefährten des Erlösten in die Knie und bedeckte ihr Gesicht mit den Händen. Aber nicht ein Ausdruck tiefsten Seelenschmerzes, sondern ein Aufleuchten triumphierender Freude war es, dessen verräterischen Anblick sie damit den Augen der beiden andern entzog.

Nun erst war sie ja völlig sicher, daß er zu keinem Lebenden mehr von seinem Verbrechen und von seines Sohnes Schuldlosigkeit reden würde.

Mochte auch sonst alles über ihr zusammenbrechen — selbst die Furcht vor der Strafe hatte plötzlich ihre Schrecken für sie verloren, seitdem sie sich minutenlang mit namenlosen